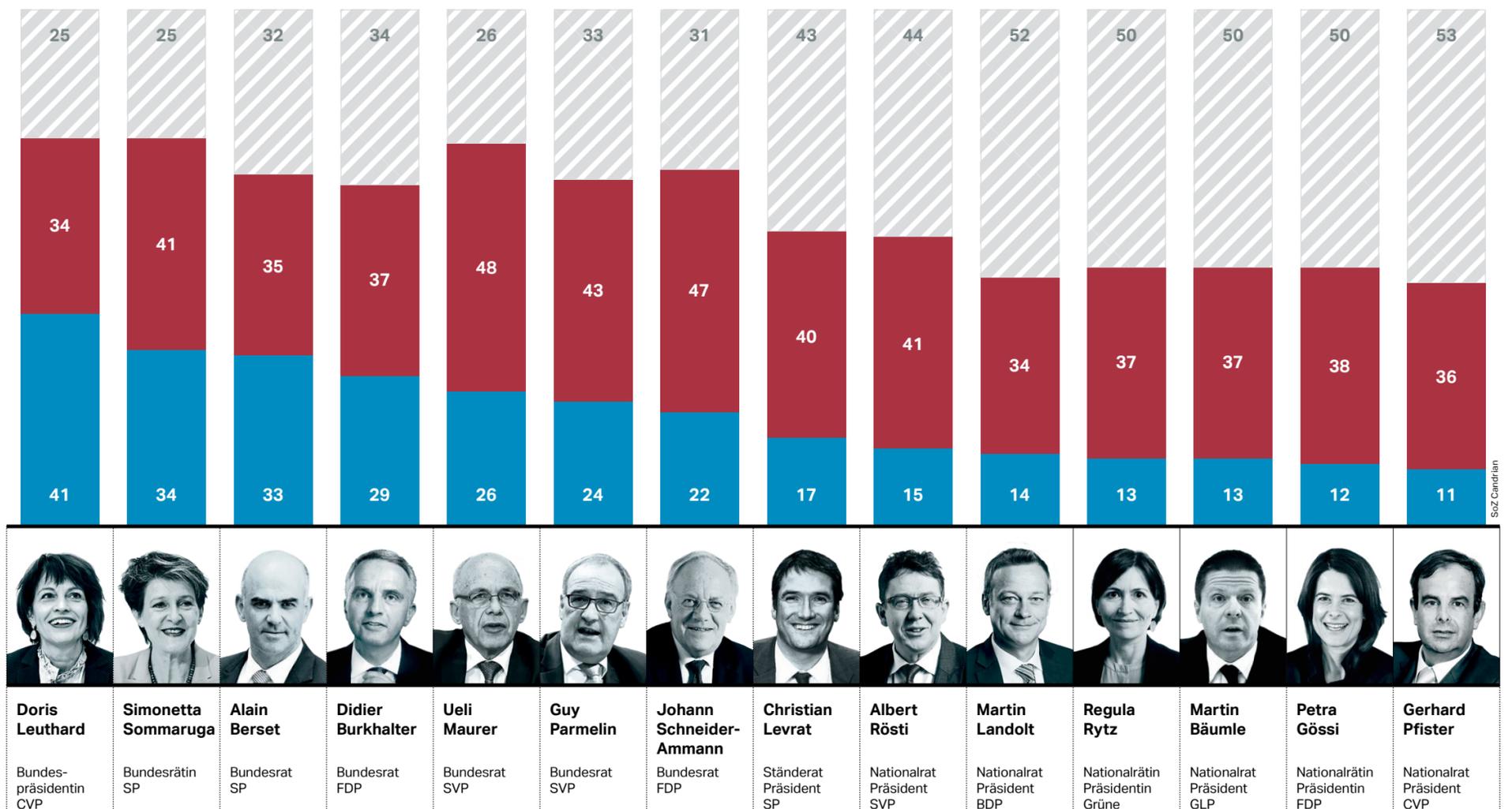


Wer soll in der Schweizer Politik mehr Einfluss haben?

Marketagent.com Schweiz hat vom 7. bis 16. Dezember 2016 online 501 Personen in der Deutschschweiz zwischen 14 und 65 Jahren befragt, ob die sieben Bundesräte und die sieben Parteipräsidenten 2017 eine wichtigere Rolle spielen sollen oder nicht.

WEISS NICHT
WENIGER EINFLUSS
MEHR EINFLUSS
in Prozent



Rösti polarisiert weniger als Brunner

Politbarometer: Bundesrätinnen geniessen das grösste Vertrauen

Pascal Tischhauser

Bern Die neue Bundespräsidentin Doris Leuthard (CVP) ist die populärste Politikerin. Fast 41 Prozent der Befragten begrüssen es, wenn sie 2017 eine noch wichtigere Rolle spielt, zeigt das Politbarometer der Sonntagszeitung.

Am zweitmeisten Zustimmung geniesst mit 34 Prozent Justizministerin Simonetta Sommaruga, dicht gefolgt von SP-Kollege und Innenminister Alain Berset. FDP-Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann belegt den letzten Rang unter den Bundesräten.

Im Vergleich mit früheren Politbarometern ist das ein schlechtes Resultat für einen Bundesrat, der während der Befragungszeit noch Bundespräsident war. Allerdings lässt sich die aktuelle Umfrage, die vom Marktforschungsinstitut Marketagent.com durchgeführt wurde, wegen methodischer Änderungen nur bedingt mit früheren Ausgaben vergleichen.

Der neue Chef Rösti liegt gleich hinter Langzeitpräsident Levrat

Etwas Aufwind hat Schneider-Ammann das Präsidialjahr aber verschafft: Beim Politbarometer 2014 rangierte er noch hinter dem da-

maligen CVP-Präsidenten Christophe Darbellay und dem nun bestplatzierten Parteichef Christian Levrat. Beachtlich ist die Platzierung von SVP-Chef Albert Rösti gleich hinter Levrat, denn neue Parteipräsidenten haben es für gewöhnlich schwer. Das zeigen FDP-Chefin Petra Güssi und Gerhard Pfister (CVP), die auf den letzten Plätzen liegen.

Auffallend dabei: Rösti stösst auf weit weniger Ablehnung als sein Vorgänger Toni Brunner. Während den früheren SVP-Präsidenten 2014 rund 61 Prozent der Befragten ablehnten, finden heute nur 41 Prozent, Rösti solle kei-

ne wichtigere Rolle spielen. Brunner polarisierte also viel stärker als der im Ton moderatere Rösti. Damit ist es der SVP gelungen, mit dem Berner einen Mann an die Spitze zu stellen, der deutlich weniger Widerstand provoziert als sein lauterer Vorgänger.

Der amtierende SVP-Chef ist vielen noch kein Begriff

Während sich die SVP nach wie vor schwertut, ihren Willen im Parlament durchzusetzen, wie eine Auswertung der Parlamentsabstimmungen letzte Woche zeigte, scheint der Wechsel an der Parteispitze Früchte zu tragen. Rösti ist

in der Bevölkerung aber noch relativ unbekannt. 44 Prozent können ihn nicht einschätzen. Das war bei Brunner noch ganz anders. Ihn kannte fast jeder. Noch unbekannter als Rösti sind nur die anderen Neuen, Güssi und Pfister. Und schon beinahe in Vergessenheit geraten ist offenbar BDP-Chef Martin Landolt.

Wie die Detailergebnisse der Umfrage zeigen, kommt zum Beispiel Bundesrätin Simonetta Sommaruga bei Frauen wie Männern gleich gut an. Ganz anders die SVP-Männer Ueli Maurer und Albert Rösti: Bei den Frauen haben sie keine Chance.

Einzelkämpfer sammelt Unterstützer und Geld in sozialen Medien

Das linke Referendum gegen das Masseneinwanderungsgesetz bringt die SVP in Erklärungsnot

Bern Das wird schwierig. Ohne Partei oder andere Organisation im Rücken will der frühere Vizepräsident der Tessiner SP, Nenad Stojanovic, das Referendum gegen die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative stemmen.

Unterstützung hatte er sich von den Jungsozialisten und der Operation Libero erwartet. Letztere hat im Abstimmungskampf gegen die Durchsetzungsinitiative gezeigt, dass sie mobilisieren kann. Doch beide winken ab.

Laut Schätzungen kostet es rund 20 000 Franken, ein Referendum auf die Beine zu stellen. Besonders kostspielig ist das Beglau-

bigenlassen der Unterschriften. Stojanovic selber kann nur «wenige Tausend Franken» beisteuern, wie er der Sonntagszeitung sagte. Deshalb will er neue Wege gehen: Er setzt auf die sozialen Medien und auf Strassenaktionen, um an Unterschriften und Spenden zu kommen: «Das kostet nichts ausser meiner Freizeit», sagt er.

121 Unterstützer innerhalb von 48 Stunden

Stojanovic zeigt sich optimistisch. Innert 48 Stunden hätten 121 Unterstützer aus der ganzen Schweiz bei ihm Unterschriftenbögen verlangt. Ob diese Einzelpersonen ausreichen, um bis zum

7. April 2017 die notwendigen 50 000 Unterschriften zu sammeln, ist allerdings zu bezweifeln.

Laut Stojanovic, der als Politologe an der Universität Luzern arbeitet, hat er ein Ziel der Aktion erreicht: «Eine Debatte anzustossen.» Es gehe darum, dass die Bevölkerung bei der Zuwanderungsfrage das letzte Wort haben müsse. Denn ohne eine Abstimmung könne die SVP weiter behaupten, sie allein interpretiere den Volkswillen richtig, sagt er. Und: «Populisten kann man nur bekämpfen, indem man die Bürger entscheiden lässt.»

Kommt das Referendum zustande, könnte am 21. Mai 2017

die Abstimmung abgehalten werden. Eine solche brächte für Stojanovic eine Klärung bei der Personenfreizügigkeit: Wenn der Souverän das Umsetzungsgesetz gutheissen würde, sei klar, dass er an der Personenfreizügigkeit festhalten wolle. Wie der Tessiner der «Luzerner Zeitung» erklärte, wäre für Stojanovic so die «Raus aus der Sackgasse»-Initiative (Rasa) überflüssig. Sie will die Zuwanderungsinitiative rückgängig machen.

Für FDP-Ständerat Philipp Müller, der das Umsetzungsgesetz im Parlament massgeblich mitgeprägt hat, ist Stojanovics Argumentation richtig. «Wenn das Volk die Umsetzung annimmt, sagt es auch

Ja zum Erhalt der Personenfreizügigkeit. Genau das passt der SVP nicht», so Müller. Das Volk empfinde dann die Kündigungsinitiative nur noch als Zwangerei.

Die SVP tut sich schwer, ihr Verhalten zu erklären

Müller ist es dennoch «unerklärlich», dass die SVP das Referendum nicht unterstützt, sagt der Ex-FDP-Chef weiter. «Der Bundesrat müsste per Verordnung Kontingente und Höchstzahlen einführen, wenn das Volk das Referendum gutheissen würde», sagt er.

Doch dem stimmt man in der SVP nicht zu. Parteipräsident Albert Rösti geht gar nicht auf die Ar-

gumentation Müllers ein. Er erklärt lediglich, weil das verabschiedete Gesetz nichts mit der Steuerung der Zuwanderung zu tun habe und die Verfassung nicht berücksichtige, müsste der Bundesrat ja heute schon eine Verordnung erlassen. Diese schwammige Begründung, weshalb die SVP das Referendum nicht unterstützt, deutet auf eine gewisse Ratlosigkeit hin. Denn niemand hatte damit gerechnet, dass das Referendum ergriffen wird.

Rösti wollte nicht einmal sagen, welche Parole er seiner Partei für den Fall empfiehlt, dass Stojanovic sein Ziel erreicht.

Fiona Endres, Pascal Tischhauser